

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Noten-, Wachtuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe

Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Publikations-Organ des Deutschen Senefelder-Bundes und der ausserdeutschen Berufs-Vereine.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

Redaktion:

M. Obler, Leipzig-Lössnig, Lobstädterstr. 1.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 54.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Sobbedith.
Redaktionschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreizehngliedrige Pettizelle oder deren Raum 30 Pf., b. Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Berücksichtigung des Abonnementaquivalenz, sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. Sonstige Anzeigen 20 Pf.

Ausnahmsweise.

Nachdem wir in No. 39 unserer Presse den in der Leipziger Volkszeitung vom 13. September enthaltenen Versammlungsbericht der Zahlstelle Leipzig vom Zentralverband der Lithographen, wörtlich mitgeteilt, halten wir es für unsere Aufgabe, die dort aufgestellten Behauptungen unter die Lupe zu nehmen.

Das Märchen vom missbrauchten Vertrauen, welches der Referent benutzte, um die Mitglieder des Sonderverbandes in seinen Willen hineinzuzwingen, ist schon mehrfach, aber ohne sichtbaren Erfolg benutzt worden. Hat man doch dies Argument nach der Senefelder-Generalversammlung des Bundes zu einer Klage gegen denselben benutzt und obwohl man glänzend hineingefallen ist, holt man die alten Ladenhüter immer wieder heraus. Wenn man wenigstens so lange gewartet hätte, bis die ausgearbeiteten Statuten des verschmolzenen Bundes zur Beratung standen, dann hätte man doch eventuell greifbares Material gehabt, aber darauf kommt es ja diesen scharfmachenden Herren, die bei den Buek und Kühnemännern Schule gemacht haben, gar nicht an. Wenn nur der Zweck erreicht wird, dem Verbändchen neuen Lebensodem einzuhauchen. Und da es als moderne Organisation naturgemäss nicht gehen kann, da schon eine wirkliche Organisation da ist, so gründet man denn eine Kasse.

Obleich man links und rechts die kleinen Kassen verschwinden sieht, weil solche nicht lebensfähig sind, obgleich selbst gutfundierte Kassen zur Beitragserhöhung greifen müssen, um diese lebensfähig zu erhalten, hier finden sich Rechenmeister, die von vorn anfangen und es billiger machen können.

Selbstverständlich müssen den Mitgliedern, die man graulich machen will und die schon mehrere Jahre an starke Kost gewöhnt sind, eine ganze Anzahl Beweisgründe präsentiert werden, um sie für eine neue Gründung willfährig zu machen, sonst glauben sie an den Humbug nicht. Da muss denn die herausgerechnete Zwangsorganisation der Chemigraphen erhalten, die auf den Wunsch der Prinzipale zustande kam.

Jedenfalls besteht im deutschen Reiche keine einzige Arbeiter-Organisation, möge sie sich nun Hirsch-Dunkersche oder christliche nennen, die den Wünschen der Prinzipale mehr entspricht als der Sonderverband der Lithographen. Das geht allein schon aus der Antwort der Prinzipale auf unsere Tarifforderung hervor. Und nun gar die Brotlosmachung der Arbeiter durch Arbeiter.

Sollten die Herren wirklich nicht wissen, was jüngst in Leitelschain vorgegangen ist?

Dort ist nicht etwa ein Drucker, — nein ein Lithograph, deren Interessenvertretung diese Herren vom Sonderverband ja doch allein gepachtet haben wollen, von einem Sonderbündler

in schurkischer Weise gemein denunziert und im Verfolg dessen brotlos gemacht worden. Ausfürliches hierüber sparen wir uns jetzt.

Es soll sowohl die Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund, als eine eventuelle Statutenänderung im Senefelderverein Leipzig gegen den Sonderverband gerichtet sein; man hat sich nicht mit der lügnischen Behauptung in einer Versammlung begnügt, sondern in einem Riesenschlagblatt, dessen Inhaltswiedergabe wir uns der Länge wegen vorerst versagen müssen und in dem Versammlungszirkular (wie folgt) den niederträchtigsten Schwindel getrieben haben, um für seine Zwecke (Zuschusskasse des Sonderverbandes) eine Beunruhigung in die Kollegenchaft hineinzutragen.

Wohlgermerkt, der Senefelderverein Leipzig steht dieser Versammlung, die fälschlich unter seinem Namen einberufen ist, durchaus fern. Absichtlich hat die unterzeichnete Clique widerrechtlich den offiziellen Namen des Vereins benutzt, um eine Anzahl Mitglieder zu täuschen. Man hat auch nicht die gesamte Mitgliedschaft eingeladen, sondern nur eine kleine Anzahl, die man glaube für seine unsauberen Zwecke benutzen zu können.

Das Zirkular lautet:

Leipziger Senefelder-Verein
Kranken- und Invalidenkasse.

Werte Vereinskollegen!

Ein Attentat wie es niedriger in seiner Art nicht vorkommen kann, ist auf unsere Kasse geplant.

Unter nichtigem Vorwand, sucht ein Teil Mitglieder, deren Mitgliedschaft erst einige Monate zählt, den für das Weiterbestehen der Kasse zum Hauptparagrafen gewordenen § 1 (jurist. Person betreffend) zu stürzen, um ungehindert denselben

Raub an Mitglieder-rechten gleich dem Senefelder-Bund vollbringen zu können. Unter dem Motto:

„Wer sich nicht fügt, der fliegt.“ arbeitet eine künstlich geschaffene Opposition unter Führung von Personen, welche nur zu dem Zwecke eingetreten sind, aus unserm nun schon seit 40 Jahren bestehenden Verein, eine Zuschusskasse des verschmolzenen „Vereins der Lithographen, Steindrucker und Senefelder-Bundes“ zu machen.

Unser Vermögen von 115000 Mark ist das ersuchte Ziel dieser Herren.

Mitglieder, Vereinskollegen, wenn daran gelegen ist, die Früchte seiner langjährigen Beitragsleistung zu geniessen, komme

Sonnabend, den 17. September
6 Uhr abends nach dem Saale der „Goldenen Säge“, Dresdener Strasse
zu einer kurzen Aussprache in dieser Angelegenheit.
Gezeichnet:

Bunger, Böttiger, Gerhardt, Hofmann, Kohl, Lindner, Maasch, Waldmann, Zwintscher.

Weder die Verbandsmitglieder noch die Bundesmitglieder und die Hauptvorstände beider Körperschaften wissen auch nur das geringste von diesem Schwindel; es genügt, dies festgenagelt zu haben.

Im Leipziger Lokal-Unterstützungsverein werden Kollegen als Mitglieder nur aufgenommen, die ihre Mitgliedschaft zum Verein

der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands nachweisen können, wer seine Verbandsmitgliedschaft aufgibt, giebt für beide Vereinigungen seine Rechte auf.

Mit Hochdruck arbeitete der Versammlungsreferent darauf hin, dass die Bundesmitglieder ihren Austritt vollziehen sollen, er selbst ist nicht Mitglied desselben und da kostets denn auch für ihn keine grosse Ueberwindung; absichtlich unterliess er es wohl, die Mitglieder, die eine 6, 8, 10 oder noch mehrjährige Karenzzeit bezüglich Invalidenunterstützungsanrecht hinter sich haben, auf den Verlust dieser Rechte beim Austritt aufmerksam zu machen. In der neuen Kasse müssen doch wohl die Mitglieder auch eine mindestens 10jährige Karenzzeit erst durchmachen. Oder zahlt die neue Gründung gar von vorn herein und ohne Karenzzeit Invalidenunterstützung?

Billiger will mans machen, um Mitglieder zu angeln. Die Witwenunterstützung ist zwar human, aber weil sie Geld kostet, beweisen die Rechenmeister, dass sie unberechenbar und deshalb überflüssig ist.

Und nun zu Legien.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat mit der Nichtaufnahme, die Gewerkschaftskartelle haben mit den Ausschlüssen des Sonderverbandes schon vordem genau dasselbe gesagt, wie Legien in der Leipziger Versammlung.

Das Bestehen und Erhalten der Sonderorganisation ist disziplinwidrig; daran lässt sich nun einmal nichts ändern.

Von Versöhnung ist in dieser Versammlung allerdings gesprochen worden, aber nur in dem Sinne, dass alle Versuche zu einer solchen, immer und immer wieder zum Schaden der Gesamtheit von einzelnen Funktionären des Sonderverbandes hintertrieben wurden.

Aus demselben Grunde ist wohl auch den Mitgliedern des Sonderverbandes der Besuch der Legien-Versammlung verboten worden; sie konnten eventuell von dem Unverstand ihrer Führer überzeugt werden und das war gefährlich.

Auf das übrige »dem Sinne nach« irretierende Gewäsch einzugehen, erübrigt sich; nur eines soll und muss zum Schluss noch erwähnt werden. Niemals hat irgend jemand die Absicht gehabt, dem Senefelder-Verein Leipzig die Rechte einer juristischen Person zu nehmen, um diesen Verein resp. dessen Vermögen einer anderen Kasse einzugliedern. Niemals ist von unserer Seite aus einem unlauteren Grunde ein dahingehender Antrag unterstützt worden, sondern wir haben die Rechte aller Mitglieder stets hochgehalten, halten es aber für nötig, gegen die Ausnützung der Kasse Front zu machen, sofern die Bedürftigkeit der Unterstützungsberechtigten nicht vollständig einwandfrei nachgewiesen ist. Nicht auf die Annahme des gestellten Antrages kommt es uns an, sondern wir wollen in Wirklichkeit

Debatte.

Dreifuss-Frankreich will den jetzigen Zustand geändert haben. Er ist der Meinung, dass die internationale Reiseunterstützung nur den deutschen Kollegen zum Vorteil komme. Sie wird viel zu Vergnügungsreisen benutzt. Man sollte in Zukunft die Reiseunterstützung nach den Bestimmungen der Landesorganisation auszahlen.

Sillier-Deutschland wendet sich scharf gegen die Ausführungen des Vorredners. Vom Ausland kommen mehr Kollegen nach Deutschland, als von dort nach dem Auslande gehen. Das beweist der Kassenbericht unseres internationalen Sekretärs. Man kann doch unter solchen Verhältnissen nicht behaupten, dass die Reiseunterstützung nur den Deutschen Vorteil bringe. Tatsache ist, dass die deutschen Kollegen wegen ihrer guten Ausbildung im Auslande sich grösstenteils in besseren Stellen befinden. Wenn es auch einmal vorkommt, dass ein deutscher Kollege zu einem niedrigeren Lohnsatz arbeite als der Einheimische, so darf man aber doch nicht behaupten, die Deutschen sind im allgemeinen Lohndrücker. Man will den deutschen Kollegen im Ausland nicht dulden, weil man seine Konkurrenz betr. der Leistungsfähigkeit fürchtet. Dafür haben wir Beweise in Händen. Man zählt in Frankreich und Italien nur an solche Kollegen Unterstützung, die bereits ein Engagement in der Tasche haben, aber nicht an solche, die sich auf der Reise befinden, um Stellung zu suchen. Wir Deutschen sind sogar für eine Erweiterung der Unterstützung auf 4 Pf. pro Kilometer und Ausdehnung derselben auf Arbeitslosigkeit. Wir wollen, dass sich unsere Kollegen die Welt ansehen. Das Wandern lässt sich der deutsche Kollege nicht nehmen, wenn sie das unterbinden wollen, so werden wir die Unterstützung aus unserer Kasse tragen. Wir wollen die Freizügigkeit nicht beschränken. Redner machte vorstehende Ausführungen im Namen der deutschen, dänischen, schweizerischen und österreich-ungarischen Delegationen.

Stevens-England u. Catenaacci-Italien schliessen sich den Ausführungen von Dreifuss an.
Herzog-Graz und Henriksen Dänemark stellen sich auf den Standpunkt Silliers.

Dreifuss-Frankreich fragt die Deutschen, ob sie für eine Kontrolle ihrer Mitglieder, welche im Auslande reisen, sind und ob sie für Gegenseitigkeitsverträge, ähnlich wie mit Oesterreich-Ungarn, mit noch weiteren Nationen zu haben sind. Er zeigt an der Hand einiger Vorkommnisse, wie Kollegen, welche vom Ausland kamen und Unterstützung erhielten, sich später der Organisation nicht angeschlossen haben.

Kelley-England. Wir Engländer verstehen nicht, dass die Deutschen bei einfachem Stellenwechsel Unterstützung zahlen. Das ist Unrecht. Wenn ein Kollege nach England kommt und schon Stellung hat, so bekommt er keine Unterstützung. Wenn die Deutschen auf die Erfüllung ihrer Wünsche bestehen — denn sie haben die Majorität — so müssten die Vereine vom internationalen Sekretariat zurücktreten.

Während der Mittagspause hielten die Delegationen der deutschen, dänischen, schweizerischen und österreich-ungarischen Kollegen eine kurze Besprechung ab, um sich über die Anträge der französischen Kollegen auszusprechen.

Nach Beginn der Nachmittagssitzung lassen die oben genannten Delegationen durch Sahm-Deutschland folgendes erklären: »Dänemark, Schweiz, Oesterreich-Ungarn, und Deutschland nehmen die Anträge der Franzosen an aber nur unter der Voraussetzung, dass die Beiträge zum internationalen Sekretariat von 40 Pf. pro Mitglied und Jahr auf 20 Pf. herabgesetzt werden.«

Ferrarie-Italien erklärt sich im Interesse der Einigkeit dafür.

Dreifuss-Frankreich freut sich über die Erklärung, nur ist ihm die Reduzierung der Beiträge zu gross.

Nach langer Diskussion einigt man sich auf folgender Grundlage:

»Der Beitrag beträgt pro Mitglied und Jahr 25 Pf. Die Reiseunterstützung wird nach den Bestimmungen derjenigen Organisation gezahlt, in deren Bereiche ein Kollege reist und zwar aus der Kasse der betr. Organisation. Die Karenzzeit wird auf 26 Wochen festgesetzt. Da die englischen Organisationen eine solche von 52 Wochen haben, welche mit einer sehr hohen Unterstützung verbunden ist, so zahlen die englischen Vereine an solche Kollegen, welche vom Ausland kommen und der Organisation noch nicht 52 Wochen angehören, die Hälfte der landesüblichen Unterstützung.«

Des weiteren hatte das internationale Sekretariat auf Anregung der französischen Organisation eine Vorlage zur Debatte gestellt, in welcher die Arbeitsbedingungen für die Kollegen genau festgelegt waren. Sämtliche Nationen erklärten sich im Prinzip dafür. Zur Frage des Minimallohnes wurde folgende Resolution angenommen:

»Da infolge der verschiedenen Existenzbedingungen in den einzelnen Ländern es nicht möglich ist, ein internationales Lohnminimum festzusetzen, so haben die einzelnen Landesorganisationen dafür zu sorgen, dass die Löhne in die möglichste Höhe gebracht werden.«

Betreffs Beitritt der einzelnen Organisationen zum internationalen Sekretariat hatte das Sekretariat folgenden Antrag gestellt:

»Alle nationalen und partikularistischen Organisationen der einzelnen Länder sollen vereinigt werden und wenn partikularistische Organisationen nationalen Vereinigungen nicht angeschlossen werden können, soll es ihnen freistehen dem internationalen Sekretariat beizutreten.«

Dieser Antrag wurde abgelehnt und dafür folgende Resolution Mühlberger-Sillier angenommen:

»Alle Landesverbände (Reichsvereine der einzelnen Staaten sollen dem internationalen Sekretariat angeschlossen werden. Sonderorganisationen und Vereine, die den Landesorganisationen nicht angehören, können vom internationalen Sekretariat nicht aufgenommen werden. Alle derzeit bestehenden Organisationen haben Sorge zu tragen, dass dieselben bis zum nächsten internationalen Kongress zu einem Verbands (Reichsvereine) vereinigt sind.«

Vorstehende Resolution soll in erster Linie bezwecken, dass sich die englischen Berufsorganisationen zu einer einzigen gemeinsamen Organisation vereinigen, und nachdem sämtliche englische Delegierte dafür gestimmt haben, ist bestimmt zu erwarten, dass auf dem nächsten internationalen Kongress nur eine englische Organisation vertreten ist. Aber gleichzeitig soll sie bezwecken, dass partikularistische Organisationen, welche bereits einem Reichsverein angehören und sich von diesem lösen wollen, auch gleichzeitig aus dem internationalen Verbände ausscheiden müssen.

Als Sitz des Exekutivkomitees wird London wiederum gewählt.

Auf Vorschlag der deutschen Delegation wird Wien als nächster Kongressort bestimmt.

Zum Schluss bringen die Deutschen bei Abhaltung des nächsten Kongresses eine internationale Drucksachen-Ausstellung in Vorschlag. Dieser wird allseitig angenommen.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt und schloss der Vorsitzende Kelley-England mit warmen Dankesworten für den Empfang der Delegierten seitens der Mailänder Kollegen und mit dem Wunsche, dass uns die Arbeit des Kongresses ein Stück vorwärts bringen möge, den Kongress am 17. September, abends 8 Uhr.

Czech-Leipzig.

Zur Beamtenwahl in Berlin III.

Es war zweifelhaft, ob man dem Artikel »Die Beamtenwahl in Berlin III.« einer Antwort würdigen soll, da etwas konfuseres und wahrheitswidrigeres als dieser Aufsatz selten vorgekommen sein dürfte. Zunächst hätten wir es für angebracht gehalten, wenn der betreffende Artikel vor seinem Abdruck zur eventuellen Richtigstellung uns vorgelegen hätte. Aber Berlin ist vogelfrei und darf in der »Gr. Pr.« von jedermann nach Belieben mit Schmutz beworfen werden. Dass gerade Hader, einer der drei ausgeschiedenen Bewerber, nicht davor zurückschreckte, einem neugewählten Beamten Schwierigkeiten zu bereiten, halten wir für wenig taktvoll. Hader hat damit bewiesen, dass Berlin III mit seiner evtl. Wahl den grössten Fehler gemacht haben würde.

Zur Illustrierung der Sachlage sei bemerkt, dass Hader seit zwei Jahren in Berlin weilte, ohne sich auch nur einmal in einer Versammlung sehen zu lassen. Erst als die Beamtenanstellung in Betracht kam, erschien er auf der Bildfläche.

Zum Artikel selbst sei folgendes bemerkt:

Die Beamtenwahl ist so korrekt vor sich gegangen, wie es nirgends einwandfreier geschehen konnte. Tischendörfer als Referent hat sich jeder persönlichen Beurteilung der Bewerber enthalten und sich allein darauf beschränkt, die Wahrheitsanschauungen der Verwaltung und der Vertrauensmänner wiederzugeben. Es ist deshalb auch nicht wahr, dass dem Kollegen Rudolph die Fähigkeit abgesprochen worden ist. Bei der Vorbereitung der Wahl handelte es sich einzig und allein um die Frage, welcher Bewerber für die Berliner Verhältnisse am geeignetsten erscheinen dürfte. Auf Grund gewissenhafter Prüfung entschieden sich obige Körperschaften für die Reihenfolge Barthel, Albrecht, Rudolph, an die natürlich Tischendörfer hat auch nicht versucht, den Kollegen Albrecht zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, wenn er dies auch vorher in seinem Interesse beabsichtigt hatte. Davon erwähnt Hader kein Wort, dass derselbe Kollege, der den Zwischenruf »Schiebung« machte, ihn auch in der Versammlung in aller Form zurücknahm.

Im Artikel des »Correspondenzblattes« sagt übrigens Tischendörfer nicht, »dass er Schiebungen für nötig hält«, sondern dass Schiebungen — er dachte hierbei an Lohnbewegungen — vorkommen.

Dübel hob nur hervor, dass Barthel bereits bei der Redakteurwahl die beste Bewerbungsarbeit geliefert hatte.

Unsere Pflicht war es, den durch zwei Vereinskörper an die erste Stelle gerückten Bewerber zu einem Vortrag einzuladen, damit er auch persönlich bekannt werden könne. Ein Antrag, die Wahl zu vertagen und den Kollegen Rudolph zu einem Vortrag einzuladen, wurde von der Versammlung mit sehr grosser Majorität abgelehnt. Dies verschweigt natürlich Hader, um den neugewählten Beamten schmähen zu können. Natürlich ist auch dieser Angriff ganz verfehlt, da es keineswegs als taktvoll bezeichnet werden kann, wenn sich ein Kandidat an einer derartigen Debatte unaufgefordert beteiligt. Nicht das Vereinsinteresse, sondern persönliche

Leidenschaft, welche oftmals blind ist, hat den Hader'schen Artikel entstehen lassen. Die Berliner Kollegen werden derartige Machinationen einmütig ablehnen. —

Die Verwaltung Berlin III.

Anmerkung der Redaktion: Die Behauptung, dass Berlin III in der Presse von jedermann mit Schmutz beworfen werden darf, ist durchaus deplaziert. Dass ich bezüglich Abdruck des Artikels sehr vorsichtig gewesen bin, beweist meine besondere Anfrage bei dem Verfasser, ob er den Artikel mit seinem Namen deckt.

Auch ein »Ministerium für Volksaufklärung und Belehrung«.

»Es ist erstaunlich, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.« An dieses Wort Goethes wird man erinnert, wenn man nachstehenden Fall zur Kenntnis nimmt; ein Fall, in dem ein »Königlich Sächsisches Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts« seiner Sendung: Wissen und Belehrung im Volke zu verbreiten, geradezu ins Gesicht schlägt.

Ein gutes Mittel, die Kenntnisse und Gedankenwelt der Arbeiterschaft zu bereichern und zu vertiefen und ihr Verständnis über die verschiedenen Gebiete menschlichen Wissens und kulturellen Strebens zu erweitern, ist bekanntlich der Besuch hervorragender Institute und Etablissements der Wissenschaften und der Technik, die sogenannten Exkursionen. Viele Dinge auf der Welt gibt es, über die nicht nur der gewöhnliche Sterbliche, sondern auch tausende aus den »Kreisen von Bildung und Besitz« nur eine dunkle Vorstellung, ein ungeklärtes Ahnen besitzen. Wie wäre es auch anders möglich, da doch fast kein Tag vergeht, an dem nicht irgend eine neue Entdeckung oder Erfindung wissenschaftlicher oder technischer Qualifikation gemacht wird. Gar nicht hoch genug kann das Bestreben der Arbeiter veranschlagt werden, vom Brunnen der Erkenntnis zu nippen und Einblick zu gewinnen in ihr bisher unerschlossene Gebiete, um dazu beizutragen, dass ein geistig starkes, mit reichlichen Kenntnissen ausgestattetes Geschlecht heranreife. Dazu gehört aber, dass diejenigen, die zur Bildung der Massen berufen sind, ihre Aufgabe richtig erfassen und nicht von engherzigen politisch-gegnerschen Erwägungen beeinflusst, der Arbeiterschaft in den Weg tritt, etwa nach dem Grundsatz preussischer Junker: Der dümmste Arbeiter ist gerade der beste.

Dieses Grundsatz scheint sich aber das Sächs. Kultusministerium zu eigen gemacht zu haben. In die einzelnen Institute der technischen Hochschule zu Dresden (bekanntlich eine der berühmtesten dieser Art) machte ab und zu einmal eine Gewerkschaft eine Exkursion und wurde auch immer in der entgegenkommendsten Weise aufgenommen und von den Herren Professoren selbst unterrichtet; auch unser Verein hatte vor 3 Jahren bereits der biologischen und der chemischen Abteilung dieser Hochschule einen Besuch abgestattet. Neuerdings beabsichtigt die Dresdener Mitgliedschaft, den neuen Maschinenanlagen, wofür aus den Taschen der Steuerzahler über eine Million Mark aufgewendet worden sind, eine Besichtigung zu widmen und wandte sich mit einem entsprechenden Gesuch an das Rektorat des Polytechnikums. Da kam der Bescheid, dass die Genehmigung »neuer Anordnung zufolge« nur noch durch das »Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts« erteilt werde. Dem Beauftragten, der schon reichlich Gelegenheit hatte, sächsische, reaktionäre Verwaltungsmethoden kennen zu lernen, dämmerte zwar sofort eine Ahnung auf, aber er wollte es schwarz auf weiss sehen und richtete deshalb ein neues Gesuch an das Ministerium. Und siehe da, seine Ahnung bestätigte sich, die Antwort lautete: »Anordnungsgemäss wird Ihnen auf Ihre unterm 5. d. M. eingegangene Eingabe hierdurch eröffnet, dass das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts Bedenken tragen muss, den Dresdener Mitgliedern des Vereins der Lithographen, Stein- und Lichtdrucker Deutschlands die Besichtigung der Technischen Hochschule zu gestatten. Kultusministerialkanzlei. v. Thümmel, Bez.-Ass.« — Nachdem der Gesuchsteller eifrig nachgegrübelt hat, was denn diese »Bedenken« hervorgerufen haben könnte und absolut nichts vorgekommen ist, wodurch sich die Dresdener Kollegen bei den Behörden missliebige gemacht haben könnten, glaubt er den Schlüssel zu diesem Rätsel gefunden zu haben. Da hat nämlich neulich eine andere Gewerkschaft die gleiche Exkursion gemacht und die Bekanntgabe an ihre Mitglieder durch Inserat in der Sächsischen Arbeiterzeitung bewirkt. Diese Unthat, den Besuch eines Königl. Institutes in einem sozialdemokratischen Blatte bekannt zu machen, musste schwer gerufen werden und die Abweisung aller freien Gewerkschaften ist jedenfalls die Folge davon. Ein neues Belegstück Königl. Sächs. Nadelstichpolitik gegen die Arbeiterschaft.

In anderen Staaten geben sich Regierung und Parlament alle mögliche Mühe, die Volksmassen zu Bildungs- und Belehrungskursen heranzuziehen, in Holland und Dänemark veranstalten die Unterrichtsministerien sogar für die Arbeiter dauernde Unterrichtskurse mit praktischen Demonstrationen in den Staatsinstituten, in der Erkenntnis, dass eine grössere Bildung der Massen dem Staatwohl zu gute kommt; aber in Sachsen muss ein »Ministerium für Aufklärung« »Bedenken tragen«, Verständnis in der Arbeiterschaft zu verbreiten.

